

## **Entschließungsantrag**

**der Fraktion der SPD**

**zur dritten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1986**

**hier: Einzelplan 06**

**Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern**

**— Drucksachen 10/3700 Anlage, 10/4156, 10/4180 —**

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Mittel, die für sicherheitstechnische Untersuchungen im Zusammenhang mit der Errichtung der Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf sowie zur Ermittlung der radioökologischen Auswirkungen der geplanten Wiederaufbereitungsanlage vorgesehen sind, für diesen Zweck zu streichen und sie statt dessen für Untersuchungen zu verwenden, die notwendig sind im Hinblick auf die Errichtung und den Betrieb einer Konditionierungsanlage für abgebrannte Brennelemente.

Bonn, den 25. November 1985

**Dr. Vogel und Fraktion**

### **Begründung**

Die inzwischen vorliegenden Erkenntnisse rechtfertigen nicht die Annahme der Bundesregierung, daß der Entsorgungsweg mit Wiederaufarbeitung und der Entsorgungsweg ohne Wiederaufarbeitung sicherheitstechnisch gleich zu beurteilen sind. Die Entsorgung ohne Wiederaufarbeitung hat nach Auffassung der Fraktion der SPD entscheidende sicherheitsmäßige und wirtschaftliche Vorteile, so daß es unvertretbar ist, den Wiederaufarbeitungsweg weiterzuverfolgen. Statt dessen sollte zügig an der Verwirklichung der direkten Endlagerung gearbeitet werden.

